

## Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung

Eine Zusammenfassung von Markus Meury

### **Einführung**

Joseph Stiglitz war von 1992 bis 1997 Wirtschaftsberater von Bill Clinton, sodann, von 1997 bis 2000, Direktor der Weltbank. Der Ökonom trat im Jahr 2000 von dieser Institution zurück, da die vom Direktorium gefassten politischen Entscheide systematisch seinen Ratschlägen zuwiderliefen.

Stiglitz verfügt somit über eine tiefe (Innen-)Einsicht in die Finanzwelt, und insbesondere in die Weltbank (WB) und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Nach seinem Austritt aus der Weltbank wurde er Dozent an der Columbia University in New York und veröffentlichte „Die Schatten der Globalisierung“. Dieses Werk legt detailliert die Arbeitsweise der Bretton Woods-Institutionen dar und in welchem Ausmass diese die Interessen der Finanzmärkte vertreten.

Die WB und der IWF sind 1944 in Bretton Woods (USA) durch die westlichen Alliierten in der Absicht geschaffen worden, Wirtschaftskrisen in der Art der in den 1930er Jahren durchlebten so gut wie möglich zu managen.

- Die Weltbank hat zur Aufgabe, tief verzinsliche Kredite zu gewähren, um kriegsverwüstete Ländern beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung zu unterstützen. Hier stossen wir auf die Wiege des „Marshall-Planes“.
- Der Internationale Währungsfonds seinerseits soll den Ländern, die sich in einer Finanzkrise befinden, dadurch helfen, dass der jeweiligen Zentralbank Überbrückungskredite gewährt werden. Heute schreibt der IWF den abhängigen Ländern, jenseits der eigentlichen Kreditbedingungen, die gesamte Wirtschaftspolitik vor.

In beiden Institutionen haben die Geberländer volle Entscheidungsmacht. Die Vereinigten Staaten verfügen sozusagen über ein Vetorecht. Stiglitz erklärt, dass der amerikanische Finanzminister somit faktisch die Macht über beide Institutionen – die übrigens beide ihren Sitz in Washington haben! - inne hat.

### **Kritiken**

Eins muss uns klar sein: Stiglitz ist kein Gegner der Globalisierung. Er setzt sich für den Freihandel ein, aus der Einschätzung heraus, dass dieses System uns allen zum Vorteil und Nutzen gereichen kann. Dieser Ökonom betont jedoch die Notwendigkeit eines Regelrahmens, damit tatsächlich alle – insbesondere auch arme Menschen und Länder – profitieren können. Genau in dieser Hinsicht kritisiert Stiglitz die von IWF und WB praktizierte Politik. Seines Erachtens propagieren diese Institutionen – und der IWF noch mehr als die WB – einen entfesselten und dogmatischen Kapitalismus. Im Einzelnen formuliert er folgende Kritiken:

- Stiglitz wirft diesen beiden Institutionen blinden Dogmatismus vor: nach Ansicht ihrer Verantwortlichen sei alles, was der Staat macht, schlecht, und alles, was die Privatwirtschaft macht, gut. Eines der obersten Ziele von WB und IWF ist die schnelle Privatisierung. Der „Washingtoner Konsens“, nach dem sich die gesamte Politik beider Institutionen richtet, beruht auf vier Pfeilern:

- Die Liberalisierung des Handels und die Öffnung der Märkte für ausländische Investoren
  - Die Privatisierung der staatlichen Unternehmen und Dienstleistungen, die Liberalisierung der Rechtsordnung
  - Die finanzpolitische Austerität (Budgetkürzungen, Verbot von Defiziten)
  - Die Bekämpfung der Inflation
- Ziel des IWF ist somit in erster Linie, die Märkte und den Handel zu liberalisieren. Demzufolge hat er die Länder – insbesondere jene Krisenländer, die auf seine Kredite angewiesen sind<sup>1</sup> – gezwungen, ihre Finanzmärkte sofort und um jeden Preis zu liberalisieren. Nach Ansicht Stiglitz' destabilisiert dies die finanzielle Situation dieser Länder; wenn in der Tat jeder ausländische Investor sein Geld jederzeit einsetzen und zurückziehen darf, löst dies Spekulationswellen aus, die diese Länder rasch in Krise stürzen. Er gibt dafür zahlreiche Beispiele. Und die Länder, die einer solchen Krise erliegen, hängen sodann von der Finanzhilfe des IWF ab, der ihnen wiederum eine weitere Runde von Deregulierungen und Privatisierungen verschreibt...
- Stiglitz prangert diese Politik der schnellen Liberalisierung an, die sich nicht um die an sich erforderlichen Bedingungen und Vorbereitungen kümmert. Bevor eine Volkswirtschaft den Weltmärkten ausgesetzt wird, muss sie unbedingt der internationalen Konkurrenz gewachsen sein. Unentbehrlich ist ein bestimmtes Entwicklungsstadium der lokalen Wirtschaft – vor allem Zinssätze, die den Einheimischen erlauben, Kredite aufzunehmen, um Geld in die Modernisierung ihrer Unternehmungen zu investieren. Die wirtschaftlich erfolgreichen Länder Asiens hatten ihre Wirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz solange geschützt, bis sie es mit jener Konkurrenz aufnehmen konnten. Vor der Öffnung für den internationalen Markt und die damit einhergehenden Umwälzungen muss zum Schutz aller Menschen, die ihre Arbeit verlieren könnten, ein soziales Netz geflochten werden – sonst zeitigen die durch die Öffnung verursachten sozialen Schäden für alle Beteiligten sehr kostspielige Folgen. Leider werden die Liberalisierungen des IWF von einer harten Austeritäts- und Antiinflationpolitik begleitet, die den Staat zwingen, soziale Sicherheitsnetze zu kappen und die Zinssätze zu erhöhen. Dies hat die Zerstörung der lokalen KMUs zur Folge, was wiederum Tür und Tor für die Multis öffnet...
- Vor der Privatisierung müssen die lokalen Märkte in der Lage sein, die vormals staatlichen Aktivitäten zu übernehmen. Ansonsten ersetzen sehr bald private (und, im Falle ausländischer Investoren, unkontrollierbare) Monopole die staatlichen, oder aber die ganze Versorgung bricht zusammen, wie dies in manchen afrikanischen Ländern der Fall ist.
- Der IWF widersetzt sich jeglicher staatlicher Umverteilungsmassnahme. Er zwingt im Gegenteil die Länder, ihren öffentlichen Dienst zu privatisieren. Aus Gesundheit und Bildung werden somit entgeltliche Leistungen, die für die Bevölkerung allzu oft unerschwinglich sind. So behauptet der IWF paradoxerweise, Wohlstand zu schaffen, indem Wohlstand reduziert wird! Der „Washingtoner Konsens“ setzt auf den sog. „trickle-down-effect“, einer Theorie, wonach Wirtschaftswachstum eines schönen Tages, nach einer unvermeidlichen Leidensphase, schliesslich auch den Ärmsten zugute komme... Stiglitz weist im Gegenteil nach, dass das Volk ohne die Sicherheit der Bildung und der Gesundheitsdienste sowie weiterer Umverteilungsmechanismen nichts vom Wachstum hat. Er erwähnt unter anderen das Beispiel Indonesiens, eines Landes, das vom IWF zur Aufgabe seiner Nahrungsmittelsubventionen gezwungen wurde. Diese Massnahme löste Gewaltwellen aus, die das Land weiter destabilisiert haben.
- Nach Ansicht Stiglitz' verhalten sich WB und IWF auf vollkommen diktatorische Art und Weise. Den Krisenländern werden keinerlei Alternativen geboten, da der IWF ihnen bei Nichtbe-

---

<sup>1</sup> Über die Finanzmärkte übt der IWF jedoch auch auf die anderen Länder Druck aus.

folgung der verschriebenen Rezepte den Geldhahn zudreht und „schlechte Noten“ austeilt, die wiederum bedeuten, dass diese Länder für die auf dem Finanzmarkt aufgenommenen Mittel höhere Zinsen bezahlen müssen. Nur wenige Länder haben sich den vom IWF auferlegten Verpflichtungen widersetzt, doch sind es genau die, denen es gegenwärtig am besten geht.

- Innerhalb beider Institutionen ist keinerlei wirtschaftspolitische Diskussion möglich. Deren Verantwortliche erklären, dass offene Debatten die abhängigen Länder nur weiter verunsichern würden... IWF und WB benehmen sich absolut dogmatisch und weisen jede interne Kritik zurück. Als die WB – zur Zeit, wo Stiglitz in der Wirtschaftsdirektion sass – auf eine leicht alternative Politik umschwenkte, versuchte der IWF seinerseits hinter dem Rücken der WB und mit der Unterstützung des amerikanischen Finanzministers seine dogmatische Politik durchzusetzen. Jener Minister unterliess es fortan, die wichtigsten Entscheide Präsident Clinton zu unterbreiten, aus Angst, dieser könne sich den Plänen des IWF widersetzen.

- Stiglitz lässt sich ebenfalls über Machtverhältnisse aus. Namentlich mittels ihrer Lobbypolitik beeinflussen die Finanzmärkte, wie auch der US-Finanzminister, unmittelbar den IWF. Er prangert ebenfalls die Regierungspolitik der reichen Länder, insbesondere der G7-Mitglieder, an, die sich durch die Interessen ihrer Multis – von denen sie ja wiederum profitieren – sowie durch ihre eigenen Finanzminister verführen lassen. Stiglitz ist übrigens der Ansicht, dass IWF und WB unmittelbar die Interessen des G7 gegenüber den armen Ländern vollziehen! Es sind in der Tat jene Länder, die das Direktorium beider Institutionen wählen (wobei den USA sogar ein Vetorecht zusteht) und es mit Vertretern bestücken, deren neoliberale Orientierung über jeden Zweifel erhaben ist.

- Zusammenfassend hält Stiglitz fest, dass IWF und WB, die über die von ihnen abhängigen Länder eine Quasidiktatur errichtet haben, selber dem Diktat der internationalen Finanzmärkte unterworfen sind.

- So beschäftigen sich IWF und WB vordringlich mit den Interessen der auf den Finanzmärkten auftretenden Investoren und der multinationalen Firmen. Wie weiter unten anhand von Beispielen gezeigt werden soll, bezwecken praktisch sämtliche Interventionen sowie die gesamte Wirtschaftspolitik dieser beiden Institutionen in erster Linie, das Vertrauen der Investoren herzustellen, was nichts anderes bedeutet, als dass diese in Krisenzeiten kein Geld verlieren.

Eine solche einseitig nach den Interessen der reichen Länder ausgerichtete Politik<sup>2</sup> – die nach Ansicht Stiglitz' jeder Wirtschaftswissenschaft widerspricht – kann nicht folgenlos bleiben. Stiglitz zitiert zahlreiche Beispiele, darunter die Krisen in Südostasien (1997) und Russland (1998). Ganz besonders verurteilt der Autor die forcierte und überstürzte Öffnung der Finanzmärkte, eine Öffnung, die sich durch ihre Sogwirkung auf beträchtliche (spekulative) Geldströme auf die betroffenen Länder stark destabilisierend ausgewirkt hat.

## **Die Asienkrise von 1997**

Vor dieser Krise hatte sich der IWF standhaft geweigert, das asiatische Wirtschaftsmodell zu studieren, da es seiner Ideologie komplett widersprach. Der IWF hat die Asiatischen Länder zudem erfolgreich daran gehindert, einen eigenen Währungsfonds zu schaffen, welcher ihre Abhängigkeit dem IWF gegenüber verringert hätte.

---

<sup>2</sup> Diese Interessen werden allerdings geschickt getarnt und durch Ideologien gerechtfertigt, wonach die Vormundschaft des IWF auch den Schuldnerländern eines schönen Tages nutzen wird.

Dem IWF ist es trotzdem gelungen, die meisten asiatischen Länder dazu zu bringen, ihre Finanzmärkte für ausländische Investoren zu öffnen, obschon diese Länder aufgrund ihrer traditionell hohen Sparquote keineswegs auf dieses Geld angewiesen waren. Diese Öffnung hat diese Länder destabilisiert und hat dann auch zur Krise von 1997 geführt. Als ein bestimmter Grad von Instabilität einmal erreicht war, konnten sich die Gerüchte über eine Wirtschaftskrise mit Leichtigkeit in „self-fulfilling prophecies“ verwandeln, da Finanzmärkte nicht auf Fakten, sondern auf Glaubenssätze basieren. Verbreiten sich Gerüchte mit einer bestimmten Geschwindigkeit, fangen Investoren an, ihre Gelder zurückzuziehen; dürfen sie darüber jederzeit frei verfügen, setzt eine Abwärtsspirale ein. Dies ist, was 1997 in Thailand geschah, und diese Krisensituation löste in den anderen Ländern eine Kettenreaktion aus. Der IWF hat die Gerüchte und die Reaktion der internationalen Finanzmärkte damals beeinflusst, indem er ohne Unterlass die Strukturprobleme der asiatischen Länder anführte, womit es Strukturen im Visier hatte, die einfach mit dem „Washingtoner Konsens“ unvereinbar waren...

Die durch die Sorge motiviert, die Interessen der ausländischen Investoren zu schützen, wirkte sich die Reaktion des IWF auf die betroffenen Länder zutiefst destruktiv aus.

- Die Angst vor der Inflation – somit vor einer Entwertung des Besitzes der ausländischen Investoren – bewegte den IWF dazu, den Krisenländern eine Politik massiv erhöhter Zinssätze zu verschreiben. Diese Politik trug dazu bei, den einheimischen Konsum und die einheimischen Investitionen zu drosseln. Durch diesen Druck auf die Nachfrage wurde die Krise verschärft: eine Wirtschaft, in der niemand mehr konsumiert oder investiert, verfällt der Depression.
- Die Erhöhung der Zinssätze trieb zahlreiche asiatische Firmen in den Konkurs. Bedeutendes Knowhow ging dadurch verloren.
- Parallel dazu zwang der IWF die Krisenländer zur Austeritätspolitik: wo antizyklische Investitionen angebracht gewesen wären, mussten auch die Staaten ihre Nachfrage drosseln und die soziale Sicherheit zerstören, was zu enormen sozialen Spannungen führte.
- Die den Ländern vom IWF gewährten Notkredite dienten lediglich dazu, ihre Schulden bei den ausländischen Investoren zu begleichen. Es handelte sich um „bail-outs“, d.h. um Sicherheitskredite, die nur bezweckten, die Investoren schadlos zu halten. Um solche Kredite zu erhalten, müssen die Staaten den Forderungen des IWF gehorchen. Aus diesen Krediten wurden somit neue Schulden dem IWF gegenüber. Sie führen nicht dazu, das Elend der Bevölkerung jener Krisenländer zu lindern; die vom IWF diktierte Sparpolitik geht im Gegenteil einher mit der Kürzung zahlreicher Subventionen, namentlich für Nahrungsmittel.
- Anhand eines Vergleichs verschiedener asiatischer Länder stellt Stiglitz fest, dass diejenigen, die ihre Märkte nicht liberalisiert haben – wie China oder Malaysia – oder die sich dem IWF ein Stück weit widersetzt haben – wie Südkorea – heutzutage viel besser fahren als die anderen (speziell Indonesien und die Philippinen). Insbesondere China und Malaysia strafen die Aussagen der IWF-Ökonomen Lügen, wonach kontrollierte Finanzmärkte zu einer Abnahme des Investitionsvolumens führen. In Stiglitz' Augen beweist das chinesische Beispiel den langfristigen Erfolg einer kontrollierten wirtschaftlichen Öffnung, die auf allen Ebenen den Rezepten des IWF widerspricht.

## **Der Fall Russlands**

Infolge der politischen Umwälzungen der späten 80er Jahre lud die russische Regierung die neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler der Chicago-Schule ein, sie beim Übergang vom kommunistischen Wirtschaftssystem zur Marktwirtschaft zu unterstützen. Die Liberalisierung der Preise stellte einer der ersten Schritte dar. Doch in Abwesenheit eines „fahrtüchtigen“ Marktes schafft ein solcher Schritt nichts anderes als Hyperinflation. Die „Chicago-Boys“ hegten den blinden Glauben, dass der freie Markt von sich heraus entstehen würde, immer und überall, ohne Rücksicht auf kulturelle Unterschiede. In Russland waren Strukturen und Mentalität jedoch in keiner Weise auf diese Öffnung vorbereitet.

Die russische Zentralbank hob die Zinssätze an. Diese Massnahme hätte die Inflation reduzieren und – den Theorien des IWF zufolge – ausländische Investoren anlocken sollen. Die hohen Zinssätze erlaubten indessen den russischen Unternehmern selber nicht, Firmen zu gründen. Somit kam es auch nicht zur Entstehung eines freien Marktes. Der IWF hat sich in der Tat nicht um den für die Schaffung einer Marktwirtschaft unerlässlichen rechtlichen Rahmen gekümmert. Die ausländischen Investoren ihrerseits haben überhaupt nicht in die Produktion investiert. So führte die Deregulierung der Finanzmärkte im Endergebnis dazu, dass Kapital exportiert, statt importiert, wurde. Ein beträchtlicher Teil des Mittelstands verliess das Land...

Parallel dazu sparte der Staat bei der sozialen Sicherheit, dem Bildungs- und Gesundheitswesen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Lebenserwartung der Russen im Verhältnis zu 1990 um drei Jahre und das Bruttoinlandprodukt um 50% abgenommen. Trotz dieser negativen Wirkungen lobt der IWF Russland und stützt seine Beobachtung, es seien positive Wachstumszeichen vorhanden, auf die grosse Anzahl der im Land herumfahrenden Luxuslimousinen...

Der IWF ergeht sich ebenfalls in Lob über die Privatisierungen, obschon deren Erlös aufgrund fehlender gesetzlicher Rahmenbedingungen in die tiefen Taschen der Jelzin-Spezis verschwunden ist... Ausserdem erlaubten die IWF-Kredite, den Rubel auf künstlich hohem Niveau zu halten, was auch hier den Investoren erlaubte, keine Verluste zu erleiden. Diese Überbewertung war es, die 1998 zur Krise führen sollte. Die russischen Erzeugnisse waren für den Export zu teuer, die Importe aus dem Westen zu billig. Die einheimische Wirtschaft konnte diesen Konkurrenzkampf nicht überleben und das Land stürzte in die Krise. Die Reaktion des IWF bestand darin, den russischen Staat bei der Tilgung seiner Auslandsschulden zu unterstützen und den Rubel zu stützen. Die Krise wurde auch dadurch verschlimmert, dass das vom IWF geliehene Geld wenige Tage später auf ausländischen Privatkonten auftauchte...

## **Schlussfolgerungen und Forderungen**

Die – so brutale wie falsche - Politik der WB und des IWF entspringt nicht etwa einer aktiven Verschwörung, sondern vielmehr den Interessen der wirtschaftlichen Akteure – Akteure, die durchaus über die Macht verfügen, ihre Argumente durchzusetzen – und der daraus erwachsenden Ideologie. Stiglitz behauptet, die Verantwortlichen beider Institutionen würden ernsthaft an die Tauglichkeit ihrer Politik glauben.

Seiner Meinung nach liegt die Lösung in erster Linie in einer Demokratisierung jener Institutionen:

- Das Handeln der Regierungen und ihrer Finanzminister muss für die Bevölkerung transparent sein. Die Regierungen müssen Rechenschaft ablegen über die Ergebnisse ihrer Aussenwirtschaftspolitik.
- IWF und WB müssen zutiefst demokratisiert werden. Die abhängigen Länder müssen in die Entscheidungsmechanismen einbezogen werden. Dies setzt einen Mentalitätswechsel bei den Führern dieser Institutionen voraus: ihr Glaube an ihre eigene Unfehlbarkeit, an die Richtigkeit ihrer wirtschaftspolitischen Dogmen und an die Überlegenheit des westlichen ökonomischen Denkens muss relativiert werden. Der „Geist des Kolonialismus“ muss aufgegeben werden<sup>3</sup>.
- Der IWF sollte von den auf seine Kredite angewiesenen Ländern keine konkrete Politik verlangen, sondern vielmehr eine Art „System der Selektivität“ einrichten: je größer der ausgewiesene Erfolg, desto höher die Kredite oder desto tiefer die geschuldeten Zinsen.
- Mehr Demokratie und mehr Transparenz seitens des IWF und der WB bedingen, dass diese beiden Institutionen öffentlich über ihre Politik Rechenschaft ablegen.
- Eine echte Demokratisierung der Welthandelsorganisation WTO, einer Institution, in der die ärmeren Länder nur eine theoretische Stimme haben, tut Not. Denn diese ärmeren Länder haben kaum die Ressourcen, sich aktiv an der WTO-Politik zu beteiligen. Demokratie würde hier bedeuten, dass diesen Ländern genügend finanzielle Ressourcen für eigene Lobby- und Informationsarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Stieglitz, J.; *Die Schatten der Globalisierung*; Goldmann; 2003

---

<sup>3</sup> Mir scheint, dass auch auf der geistlichen Ebene Fesseln zerrissen werden müssen, nämlich der Glaube an Mammon als einen Gott, der alle Probleme löst, solange man ihm keine Schranken setzt.